

Vorderseite:

!GESETZENTWURF DER BÜRGERALLIANZ!

Der Gesetzentwurf der Bürgerallianz gestaltet die unsichere Rechtslage bei der Finanzierung von kommunalen Straßen- und Abwassersystemen bürgerfreundlich und sozialtauglich!

Eine finanzielle Überforderung von Grund- und Hauseigentümern wird vermieden!

Die Beitragserhebung wird abgeschafft, die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und die Refinanzierung kommunaler Infrastrukturen transparenter!

Die Erneuerung und Erhaltung von Anlagen im Abwasserbereich wird gebührenfinanziert!

Im Straßenausbau werden die Kommunen freiwillig berechtigt, eine Infrastrukturabgabe zu erheben, welche sich am Messbetrag der Grundsteuer A und B orientiert.
Bisher gezahlte Beiträge finden Verrechnung!

Investitionsbelastungen werden somit auf breitere Schultern verteilt!

Unterstützen Sie den Gesetzentwurf der Bürgerallianz durch unbedingte Teilnahme an der Demo am 19.08.2010 vor dem Thüringer Landtag in Erfurt!

Rückseite:

!Hubers Eckpunktepapier untauglich und existenzvernichtend!

Hubers Eckpunktepapier beinhaltet die Beibehaltung des Beitragszwangs und schiebt hierfür die Verantwortung den Kommunen zu!

Eine längst überfällige, endgültige und sozialverträgliche Lösung im Kommunalabgabenbereich soll es erneut nicht geben!

Durch den Zwang zur Beitragserhebung sowie in Abhängigkeit zu vielfach schlechten Finanzlagen der Städte und Gemeinden, wäre so vielfach mit einer 80%igen Beteiligung der Bürger an Investitionskosten zu rechnen, was für den Großteil der Betroffenen den finanziellen Ruin bedeuten würde!

Nach Hubers Vorstellungen darf die Höhe des Zwangsbeitrages sogar so hoch ausfallen, dass dieser nur wenig unter dem Verkehrswert einer Immobilie liegen darf!

Darüber hinaus hält das Papier daran fest, Beitragsforderungen ab dem Jahr 1991 rückwirkend zu erheben und bietet damit „beste“ Voraussetzungen, auch weiterhin in Thüringen Unrecht zu praktizieren!